

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Christian Ahrendt (FDP), MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, gab heute, 25.01.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum **Thema „Koalitionsstreit über Beobachtung der Linkspartei“**. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Sabine Hackländer

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch
Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Datum: 25.01.2012

FDP-Rechtsexperte sieht Verhältnismäßigkeit bei der Überwachung der Linkspartei verletzt

Baden-Baden: Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Ahrendt, erwartet in Bezug auf die Überwachung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz weitere Aufklärung. Das Parlamentarische Kontrollgremium für die Geheimdienste werde sich heute mit der Sache beschäftigen, sagte Ahrendt im Südwestrundfunk (SWR). Der FDP-Rechtsexperte hält es nicht grundsätzlich für falsch, Abgeordnete zu beobachten. Allerdings müsse die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden, was hier offenbar nicht der Fall sei, sagte Ahrendt mit Blick auf die Beobachtung der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau. Insbesondere wenn geheimdienstliche Mittel angewandt worden sein sollten, wäre dies ein weitaus tieferer Eingriff, als bisher bekannt.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Hackländer: Die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz erhitzt seit Anfang der Woche die Gemüter. Während der Innenminister das Vorgehen der Verfassungsschützer verteidigt, empfindet die Justizministerin dieses als unerträglich, und zwar unisono mit der gesamten Opposition. Heute tagt unter anderem das Geheimdienst-Gremium des Bundestages zur Sache, dem auch Sie angehören. Werden sich die Vertreter der Unionsparteien da warm anziehen müssen?

Ahrendt: Auf jeden Fall wird dieser Punkt auf der Tagesordnung stehen und wir werden auch sorgfältig prüfen, ob das, was jetzt bekannt geworden ist, verhältnismäßig ist, dass 27 Abgeordnete der Linken durch den Verfassungsschutz überwacht werden. Dazu wird der Verfassungsschutz vortragen. Und ich denke, dass sich daran auch eine sehr lebhaft Diskussion anknüpfen wird.

Hackländer: Sie sagen jetzt schon, die 27 sind überwacht worden. Bisher hatte es ja geheißt, die sind nur beobachtet worden. Zumindest für den niedersächsischen

Verfassungsschutz stimmt das nicht, wie sich gestern herausgestellt hat. Bekommt der Fall dadurch eine noch größere Dimension?

Ahrendt: Nein, ich denke mal, da darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Ich habe die Akten gesehen, in der letzten Woche schon, und die Überwachung ist nicht das, was sich hinter dem Wort verbirgt. Es ist eine Beobachtung. Das heißt, man wertet Schriften aus, Veröffentlichungen von einzelnen Abgeordneten, die dann auch beobachtet werden, es wird gesammelt, was dort im Einzelnen gesagt wird. Aber eine Überwachung im Sinne von Beobachtung, Observation, was man sich gemeinhin unter dem Wort vorstellen kann, findet nach meiner Kenntnis nicht statt.

Hackländer: Aber der Präsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes hat eingeräumt, dass es geheimdienstliche Mittel gewesen seien, mit denen die Linken überwacht worden sind.

Ahrendt: Wenn das so ist, dann wird das in Niedersachsen geklärt werden müssen. Wir können hier im Parlamentarischen Kontrollgremium nur klären, was das Bundesverfassungsschutzamt betrifft. Eine erkennungsdienstliche beziehungsweise auch eine Observation, eine Überwachung in diesem Sinne wäre natürlich noch ein tieferer Eingriff als das, was jetzt bekannt geworden ist. Das was unter Beobachtung der Linken zu verstehen ist, ist in erster Linie Sammeln von Programm, Sammeln von Veröffentlichungen, Anhören von Reden, um an Hand solcher Aussagen, Veröffentlichungen zu klären, ob die Linke sich aufstellt, um gegen den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat anzutreten, dagegen zu kämpfen. Da gibt es – das muss man einfach auch erkennen – sehr zweifelhafte Aussagen von den Linken. Wir dürfen nicht vergessen: in Niedersachsen hat man seitens einer Abgeordneten gehört, dass die Mauer durchaus ein richtiges Instrument war, um gegen den Kapitalismus zu schützen. Und in der letzten Woche hatten wir eine Debatte darüber, weil linke Abgeordnete, die auch unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, das Regime von Assad gut geheißen haben.

Hackländer: Anscheinend muss man alles überprüfen. Innenminister Friedrich hat sehr schnell klar gestellt, dass die Überwachung beziehungsweise Beobachtung der Abgeordneten rechtens sei. Sehen Sie das auch so oder gibt es neben den politischen auch juristische Zweifel?

Ahrendt: Ich sehe es so, dass man sich die Verhältnismäßigkeit anschauen muss. Der Innenminister hat natürlich an einer Stelle recht. Wenn wir jetzt über die Beobachtung von NPD-Funktionären, die ja auch in Parlamenten sitzen, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen, darüber streiten würden, ob die überwacht werden oder nicht. Dann wäre immer die Frage – und das wäre für jeden selbstverständlich, dass die NPD beobachtet wird. Wir setzen dort V-Leute ein, um Erkenntnisse zu erreichen. Das wäre völlig unstrittig. Und insofern kann man jetzt nicht sich per se hinstellen und sagen, ein Abgeordneter kann nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Entscheidend ist, gibt es Anhaltspunkte für den Verfassungsschutz, dass sich dieser Abgeordnete gegen die freiheitliche Grundordnung betätigt.

Hackländer: Und das könnte bei Gysi, Ramelow und der Bundestagsvizepräsidentin Pau der Fall sein?

Ahrendt: Dazu muss man sich angucken, was an Auswertungsmaterial da ist. Das, was ich gesehen habe, betraf einen anderen Abgeordneten. Da habe ich eher geschmunzelt. Und deswegen habe ich auch eingangs gesagt, es geht um die Verhältnismäßigkeit. Dass man in der Politik zuspitzt, dass man seine Vorstellung formuliert, dass man sie in einem freiheitlichen Rechtsstaat auch offen formulieren muss, dass sie auch sich kritisch mit dem auseinandersetzen, was man nicht für richtig hält, was möglicherweise derzeit an Politik stattfindet. Das ist alles in Ordnung. Das muss man aushalten. Die Frage ist da, wo sind die Grenzen überschritten und ist es dann verhältnismäßig, auch jemanden, der vielleicht extrem kritisch ist, an der Stelle zu beobachten. Diese Verhältnismäßigkeit sehe ich zur Zeit verletzt – muss ich ganz offen sagen – insbesondere auch in Richtung der Bundestagsvizepräsidentin,

Frau Pau. Aber da muss man sich jetzt auch die Akten anschauen. Per se ist es nicht falsch, dass der Verfassungsschutz auch Abgeordnete beobachtet.

- Ende Wortlaut -